

Die Sanitätswarte

Organ zur Vertretung

der Interessen des gesamten Personals in Kranken- und Irren-Anstalten, Sanatorien, Heil-, Pflege- und Bade-Anstalten, Massage- und Wasserheil-Instituten, Kliniken, Seebädern etc.

Beilage zu „Die Gewerkschaft“.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57,
Bälowstr. 21. — Fernsprecher: Amt 9, Nr. 6488.
Redakteur: Heinrich Bürger.

Berlin,
den 7. Juli 1905.

Erscheint alle 14 Tage, Freitags.
Bezugspreis inkl. „Die Gewerkschaft“ viertel-
jährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2.— Mk.
Postzeitungsliste Nr. 3164.

Inhalt:

Unser Programm. V. — Tarifverhandlungen auf dem Berliner Gewerbegericht. — Aus unserer Bewegung. — Verschiedenes. — Anzeigen.

Unser Programm.

V.

(Fortsetzung der Reichstagsdebatte über die Zustände in Krankenhäusern.)

Wenn ich den Rat des Herrn Prinzen Carolath wirklich befolgt hätte, wäre an den tatsächlichen Verhältnissen nichts verändert worden. Die Wärter, welche gegen die Vorschriften verstoßen haben, wären freilich hinausgeschickt, und hätte ich Mißstände in bezug auf die Bezüge festgestellt, so wären dieselben auch hinausgeschickt. Dann wäre man wieder auf die Straße gegangen und hätte wieder irgend einen Steinwürger oder sonst wen engagiert, und nach 8 oder 14 Tagen würde wieder dasselbe Verhältnis platzgegriffen haben. Das sind durchaus keine Geheimnisse; das kann jeder erfahren, der Einblick in die Verhältnisse nimmt. So gern ich also dem Rat des Herrn Prinzen Carolath nachgegeben wäre, konnte ich mir doch einen Erfolg davon nicht versprechen. Es blieb daher mir nach reiflicher Erwägung nichts weiter übrig, als die Mißstände bei diesem Gesetze an die Öffentlichkeit zu bringen.

Dr. Kirchner, Geheimer Medizinalrat im königlich preussischen Ministerium für geistliche, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, Kommissar des Bundesrats: Meine Herren! Die Verhandlungen haben sich auf etwas abliegendes Gebiet erstreckt.

(Sehr richtig! recht!).

indem gelegentlich des Gesetzes über die Seuchenbekämpfung das Krankenhauswesen in Betracht gezogen worden ist.

Meine Herren! Die bisherige Verhandlung hat eine sehr schlimme Folge. Ich fürchte, sie wird dazu führen, das Vertrauen zu unseren Krankenhäusern zu untergraben. Wie der Herr Abgeordnete Prinz Carolath sehr richtig hervorgehoben hat, ist das zum großen Teil unbegründet. Meine Herren! Wir befinden uns auf dem Gebiet des Krankenhauswesens, wie auf allen Gebieten der öffentlichen Gesundheitspflege, in stetigem Fortschreiten.

— Meine Herren! Es sind auch Vorwürfe erhoben worden gegenüber dem Wärterpersonal und den Ärzten. Ich bin selber in meiner Anfangszeit Unterarzt in der Charité gewesen; ich habe mehrfach Nachte lang am Krankenbett wachen müssen, wenn ein Kranker eine schwere Operation hatte durchmachen müssen, und ich kann Sie versichern, ich habe nicht geschlafen, und ich kann hinzuzügen, daß meine samstlichen Kollegen mit demselben Eifer sich der Sache hingeworfen haben. Ich muß den ärztlichen Stand gegen die Vorwürfe des Herrn Abg. Antrich nachdrücklich in Schutz nehmen. Was die Krankenschwäger betrifft, meine Herren, so muß ich anerkennen, daß es schwierig ist, geeignetes Personal für diese verantwortungsvolle Tätigkeit zu finden, weil es an Krankenschwägerinnen noch vielfach fehlt. Aber wenn ich, wie es zu meiner Aufgabe gehört, in Krankenhäuser der Provinz komme, so finde ich auch, wenn ich unangemeldet komme, dort fast ausnahmslos ein Wärterpersonal, welches nach Sauberkeit, Ausbildung und gesamtethischem Verhalten den Anforderungen entspricht, welche billigerweise an dasselbe zu stellen sind. Mangel gibt es überall; die sind nicht zu vermeiden. Aber eins möchte ich noch besonders hervorheben: wir haben eine große Anzahl von Orden, die sich der Krankenpflege widmen; nicht nur katholische, wie die Grauen Schwestern, die Barmhertigen, die Vincentinerinnen usw., sondern auch evangelische Diakonissen, die sich mit tüchtender Hingebung ihrem

schweren Dienst widmen, einen vorzüglichen Ersatz für das Wärterpersonal abgeben. Ist es eine Ehrenpflicht, dies öffentlich und mit Dank anzuerkennen.

Meine Herren! Was nun die Arbeitszeit betrifft, so habe ich in meiner eigenen ärztlichen Praxis wiederholt zu beobachten Gelegenheit gehabt, daß Ärzte und Krankenschwäger unter Umständen, namentlich in Zeiten von Epidemien und im Felde, wenn es notwendig ist, tagelang, Tag und Nacht hindurch fast ohne Ruhepause arbeiten, ohne überbürdung zu klagen. Ärzte sowohl wie Wärter, die sich in einer derartigen Zwangslage befinden, klagen nicht; sie betrachten sich wie im Kriegeszustande und geben sich mit ganzem Herzen der Sache hin. Vielen idealen Sinn wollen wir anerkennen und nach jeder Richtung hin pflegen, dabei aber auch nicht außer Acht lassen, daß es in dem größten Krankenhause doch auch Zeiten der Ruhe giebt, in der sich das Personal wieder erholen kann.

Wenn die Bezahlung der Wärter manchmal nicht so ist, wie man wünschen möchte, so ist sie doch nicht so gering, wie es Herr Abgeordneter Antrich dargestellt hat. Wir dürfen doch nicht vergessen, was bezüglich der ländlichen Arbeiter hervorgehoben worden ist, daß, ebenso wenig, wie diese mit 50 Pf. Tagelohn ihr ganzes Entgelt haben, sondern noch reichlich Naturalien erhalten, auch die Wärter außer dem Lohn Wohnung, Kleidung und Beispieltung erhalten, was unter Umständen einen ansehnlichen Wert darstellt. Das ist doch etwas, was man nicht außer Acht lassen darf, sondern voll und ganz anerkennen muß.

Meine Herren! Ich möchte Ihre Geduld nicht länger in Anspruch nehmen; ich halte es nur für meine Pflicht mit lauter Stimme hervorzuheben und Ihnen mit allem Nachdruck zu sagen, daß unsere Krankenhäuser jeden Vergleich aufnehmen können, und daß sie, wenn sie hier oder da noch nicht ganz auf der Höhe der Zeit stehen sollten, mit der Zeit dahin kommen werden. Ich kann weiter sagen, daß jetzt schon die Vorschriften bestehen, daß sämtliche Krankenhäuser regelmäßig revidiert werden, einmal durch Kreisärzte, dann durch die Regierungs- und Medizinalräte, und schließlich von Zeit zu Zeit durch Herren aus dem Ministerium. Wenn sich in der Zeit, wo die Revision stattfindet, Uebelstände einstellen, so werden sie beseitigt.

Meine Herren! Ich bitte nun nochmals dringend, sorgen Sie dafür, daß das Vertrauen zu unseren Krankenhäusern im Publikum nicht untergraben wird. Wenn unsere Krankenhäuser kein Vertrauen mehr haben, so ist eine erfolgreiche Bekämpfung der Seuchen, wie wir alle hier wünschen müssen, nicht möglich.

(Lebhaftes Bravo rechts und in der Mitte.)

Aus der Reichstagsitzung vom 1. Februar 1901.

In den Jahren 1901, 1902 und 1903 kamen die Zustände in den Krankenhäusern wiederum im Deutschen Reichstage zur Sprache, und, soweit die Verhandlungen für uns von Interesse sind, geben wir sie wieder.

Am 1. Februar 1901 führte der Abgeordnete Antrich mit Bezug auf die Einwendungen des Prinzen zu Schönau-Carolath und des Präsidenten Köhler vom Kaiserlichen Gesundheitsamt*) aus:

— Meine Herren! Ich habe nicht unterlassen, gleich Ort und Stelle anzugeben, und der Herr Präsident Köhler glaubte ja

*) Siehe vorige Nummer der „Sanitätswarte“.

dann nachher, nach meiner Rede, darauf hinweisen zu müssen, daß diese meine Angaben doch wohl nicht ganz der Wahrheit entsprechen, daß sie vor allen Dingen übertrieben seien. Hinterher fügt er aber hinzu, die verbündeten Regierungen würden alles tun, um, wenn diese Mißstände wahr seien, dieselben zu beseitigen. Ich erlaube mir deshalb jetzt an den Vertreter der verbündeten Regierungen, den Herrn Präsidenten Dr. Köhler, die Anfrage, wieweit diese Untersuchungen stattgefunden haben, und wieweit diese von mir angeregten Mißstände eventuell beseitigt sind. Um aber auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Schönauich-Carolath zurückzukommen, so scheint mir aus den vorgelesenen Sagen dreierlei hervorzugehen, daß auch der Herr Abgeordnete Prinz Ca. olath erstens Zweifel an der Richtigkeit meiner Angaben dargestellt hat und zweitens glaubte, nicht dieselben wirklich wahr seien, daß denselben dann sehr leicht abgeholfen werden könnte, wenn man nur der Regierung oder der betrieblenden Verwaltung diese Mißstände mitteilt, und drittens, daß er den Glauben und die Hoffnung auf die verbündeten Regierungen hat, daß sie nun alles tun würden, diese Mißstände zu beseitigen. Ich bedaure, dieses große Vertrauen den verbündeten Regierungen gegenüber nicht teilen zu können.

Aber auch weiter haben diese meine Ausführungen außerhalb des Hauses und besonders in der Fachpresse eine sehr lebhaftere Bekämpfung erfahren, und da ist es ganz eigentümlich, daß, soweit ich die Fachpresse zu Gesicht bekommen habe, die Herren Ärzte diesen meinen Ausführungen sich viel objektiver gegenüberstellen als der Herr Vertreter des Reichs-Gesundheitsamtes und auch hier der Herr Abgeordnete Prinz zu Schönauich-Carolath, der ja als der einzige Redner aus dem Hause zu Wort kam. Fast alle Ärzte, die in dieser Frage zu Worte gekommen sind, bestätigen, daß das, was ich in bezug auf die mißliche Lage des Pflegepersonals gesagt habe, leider nur allzu wahr sei. Auch in bezug auf die anderen Mißstände glaubte nur ausnahmsweise — immer, soweit ich diese Sache habe verfolgen können — Professor Dr. Ewald vom Königl. Augusta-Hospital die Krankenhausverwaltung von Berlin in Schutz nehmen zu müssen; aber auch er sagte nur, daß meine Ausführungen nicht ohne weiteres verallgemeinert werden könnten, und daß sie ihm etwas übertrieben erscheinen. Ich stellte fest, daß all das, was ich in meiner Rede vom 11. Juni v. J. gesagt habe, ich auch heute noch voll und ganz aufrechterhalte. Ich habe, bevor ich diese Dinge zur Sprache gebracht, mich genau zu orientieren versucht und außerdem Nachfragen gehalten, ob sich irgend etwas in dieser Angelegenheit verändert habe, und es ist mir die Bestätigung geworden, daß alles beim alten geblieben sei.

Nachdem ich dies vorausgeschickt habe, komme ich auf das zurück, worauf sich meine Anschuldigungen damals gründeten. Ich habe damals dreierlei behauptet: erstens, daß zu wenig Krankenhäuser und Heilanstalten überhaupt vorhanden seien, und daß infolgedessen, wenn hier wirklich eine Seuche bei uns ausbricht, wir gar nicht in der Lage sind, den § 14 zur Durchführung bringen zu können. Ueber diesen ersten Punkt brauche ich nicht weiter zu sprechen. Das ist ganz allgemein anerkannt; da darf man ja nur die diesbezügliche Literatur durchsehen. Es ist auch allgemein bekannt, daß unsere Krankenhäuser schon in normalen Zeiten nicht ausreichen. In Berlin haben wir fast täglich das traurige Schauspiel, daß Kranke abgewiesen werden, welche keine Unterkunft finden können in Krankenhäusern, weil diese fast immer überfüllt sind. Daß die inneren Einrichtungen einer Reihe von Krankenhäusern nicht derartig sind, daß gewisse Desinfektions- und Bade-Einrichtungen so funktionieren können, wie man es billigerweise voraussetzen muß, auch das, glaube ich, wird nicht bestritten werden, wenigstens für eine ganze Anzahl von Krankenhäusern nicht. Ich habe weiter gelegentlich der damaligen Beratung an der Hand von Tatsachen Ihnen das nachgewiesen. Drittens habe ich behauptet, daß das jetzt vorhandene Personal zum großen Teil ungenügend ausgebildet, daß zu wenig vorhanden ist, und daß vor allen Dingen das angelernte Pflegepersonal durch lange Arbeitszeit überbürdet ist, infolgedessen den Dienst nicht ausführen kann, und daß weiter durch die ganz miserable Bezahlung sich Folge-Erscheinungen gezeigt haben, die, wie gesagt, für die Allgemeinheit, ganz besonders aber für diejenigen Klassen, die in die Krankenhäuser hineinkommen, von schwerwiegender Bedeutung sind.

Meine Herren! Ich habe damals an der Hand von Tatsachen Ihnen das darzulegen versucht, und ich erlaube mir deshalb die zweite Frage an das Reichs-Gesundheitsamt, ob denn in dieser Beziehung irgend etwas geschehen ist, oder ob das Reichs-Gesundheitsamt bezw. der neue Reichs-Gesundheitsrat gar kein Mittel an der Hand hat, diese noch meiner Auffassung unhaltbaren Zustände zu beseitigen. Wie die Dinge heute liegen, kann an eine erfolgreiche Bekämpfung einer Epidemie gar nicht gedacht werden. Ich halte die Frage des Pflegepersonals für so wichtig, daß Sie mir wohl gestattet werden, bei dieser Gelegenheit noch ganz besonders auf die Gefahren hinzuweisen, von welchen hauptsächlich die arbeitende Bevölkerung getroffen wird. Ich gehe heute nicht ein auf den Mangel an Krankenhäusern im allgemeinen; denn dieser ist, wie ich annehme, dargetan. Ich will heute auch nicht eingehen auf die innere Einrichtung der Krankenhäuser. Darüber habe ich mich des näheren ausgelassen, und ich will abwarten, was der Präsident des

Reichs-Gesundheitsamtes dazu sagen wird. Ich will mich heute darauf beschränken, hauptsächlich die Lage des Pflegepersonals, die schlechte Bezahlung, die lange Arbeitszeit und die daraus entstehenden Folgen für die Allgemeinheit, und zwar auch wieder an der Hand von Tatsachen, Ihnen darzulegen. Ich glaube, daß das Reichs-Gesundheitsamt bezw. der Reichs-Gesundheitsrat, dem nach meiner Auffassung jetzt laut § 42 des Seuchengesetzes die Befugnis zusteht, über diese Dinge sich zu orientieren und Umkehr zu halten, und ich glaube, daß aus meinen heutigen Darlegungen zweifellos auch die Vertreter der anderen Parteien und der verbündeten Regierungen den einen Schluß ziehen werden, daß in dieser Frage schnelle Abhilfe notwendig ist.

Nun, meine Herren, ist es außerordentlich schwierig, sich über die Lage des Pflegepersonals in den privaten wie auch in den staatlichen Heilanstalten zu informieren; es liegen keinerlei Literatur oder Erhebungen über diese Frage vor. Ich glaube sicher, daß auch heute noch nicht das Reichs-Gesundheitsamt in der Lage ist, und anzugeben, wieviel Leute überhaupt in den Krankenhäusern als niederes Personal beschäftigt sind. Ich habe mich bemüht, eine kleine Umfrage zu halten, um mal zu erfahren, wie es denn in weiteren Krankenhäusern aussieht. Ehe ich jedoch auf diese Frage näher eingehe, will ich noch einige Bemerkungen vorausschicken. Von meiner damaligen Rede hatte, weil sie zu einer ganz außergewöhnlich späten Stunde gehalten wurde, die bürgerliche Presse fast gar keine Notiz genommen, und nur die sozialdemokratische Presse war es, die diese Ausführungen brachte. Die ganze bürgerliche Presse schweigend diese Mißstände tot, mit Ausnahme einiger anständiger Zeitungen; ich glaube, es waren die „Vollst. Zeitung“ und die Berliner „Vollst. Zeitung“. Trotzdem habe ich aber eine solche Fülle von Zuschriften, und nicht bloß von Parteien, sondern auch von Ärzten, bekommen. Diese haben mir erst Veranlassung, in dieser Sache weitere Nachfragen zu halten, wie denn eigentlich, außerhalb des Kreises meiner Erfahrungen hinaus, die Verhältnisse in den Krankenhäusern wirklich liegen. Darauf ist mir wieder eine Unmenge von Zuschriften zugegangen. Sie werden mir gewiß zugeben, daß es außerordentlich schwer ist, aus solchen Zuschriften allein ein richtiges Bild zu erhalten, weil, wie es in solchen Dingen geht, auch teilweise Uebertreibungen mit unterlaufen, Angaben, die man nicht nachprüfen kann. Ich habe deshalb alles, was nicht gewissenhaft war, und was mir nicht zuverlässig bestätigt werden konnte, vorläufig beiseite gelegt; ich werde daher nur das zum Vortrag bringen, wofür von mir der Nachweis geführt werden kann.

Meine Herren! Ueber die Zahl der Personen, die hier in Frage kommen, konnte ich mich, wie gesagt, nur höchst informieren. Wir in dabei nur eine statistische Aufnahme in die Hand gefaßt, veranstaltet vom Reichs-Gesundheitsamt am 1. April 1891, welche eine Aufnahme des gesamten niederen Personal, wie es heißt, vollzogen hat. Darunter sollen verstanden werden diejenigen Personen, welche sich gewerbemäßig mit der Krankenbehandlung befassen, ohne akademische Bildung zu besitzen. Danach waren 1891 in den Krankenhäusern und Privatanstalten 46 477 Personen beschäftigt, davon 26 352 einer Organisation angehörig, und zwar 4535 einer weltlichen, 21 817 einer geistlichen Organisation, und 20 122 überhaupt nicht organisiert. Der damalige Bericht fügt ausdrücklich hinzu, daß diese Zahlen nicht genau zu nehmen seien; denn auch das Reichs-Gesundheitsamt sei gar nicht in der Lage, genau festzustellen, wie groß die Zahlen des niedrigen Personals sind. Das war 1891. Heute gehe ich wohl nicht fehl, wenn ich annehme, daß diese Zahl bedeutend höher ist.

Meine Herren! Was nun die Lage dieses niedrigen Personal betrifft, so ist es ebenso schwer, sich darüber genau zu orientieren, namentlich wenn man den ewigen Stellenwechsel in Betracht zieht. Da ist interessant eine Ausnahme, die gemacht wurde vom Königl. sächsischen Medizinalcollegium. Sie beschränkt sich zwar auf eine Anstalt, Roldig, aber soweit mir das Material zur Verfügung gestanden hat, geht daraus hervor, daß dieser Bericht gewissermaßen als typisch zu bezeichnen ist. Es lag der 30. Bericht des Königl. sächsischen Medizinalcollegiums:

Von den 50 am Jahresanfang hier bediensteten Pflegetherinnen haben 22, sonach fast die Hälfte, die Stellung verlassen. Auch von den 36 im Laufe des Jahres 1898 neu eingetretenen Pflegetherinnen haben 11 den Dienst wieder verlassen, weil

— man höre nur die Gründe des weissen Medizinalcollegiums — der häufige Wechsel der Wärterinnen deshalb stattgefunden habe, weil sie die Wärterinnen — sich nicht einzuordnen verstanden. Meine Herren! Weil sie sich nicht einzuordnen verstanden, das ist jedenfalls kein stichhaltiges Argument; der Grund ist vielmehr darin zu suchen, daß die Leute zu schlecht bezahlt werden und eine zu lange Arbeitszeit haben, was ich noch des näheren ganz allgemein nachweisen werde. Vom Altonaer Krankenhaus ist mir gestern die Nachricht zugegangen, daß sich augenblicklich dort kein einziger Wärter und Wärterin befindet, die länger als ein Vierteljahr in dem betreffenden Krankenhaus beschäftigt ist. Sie sehen, daß es unter solchen Umständen außerordentlich schwierig ist, mehr über die Lage der Betroffenen zu erfahren. Ich habe mich nun an eine weltliche Organisation gewendet, die sich erst in den letzten Jahren gegründet hat, und die nun schon in einer

Reihe von Städten Mitgliedschaften hat, den Zentralverband der Krankenhäuser, Wäffere und Berufsgenossen in Hamburg, und durch deren gütige Vermittlung ist mir eine Kasse von Material zur Verfügung gestellt worden.

Meine Herren! Dieser Verband hat eine kleine Rundfrage erlassen über die Arbeitsverhältnisse, die Arbeitszeit, die Gehälter, die Schlafräume und die Beköstigung des Personal in den städtischen, staatlichen und auch in den Privat-Einrichtungen. Da hat sich dann ergeben, daß in Deutschland augenblicklich in den städtischen und staatlichen Heilanstalten eine Arbeitszeit von 15 bis 20 Stunden besteht.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Es hat sich weiter herausgestellt, daß die Gehälter 3/4 bis 5/4 Mark im Jahre betragen. Daneben gibt es aber noch einige Anstalten, die nur 180 Mark pro Jahr bezahlen. Ich habe ja auch schon bei Beratung des Ausschusses dargelegt, daß hier in Berlin eine Arbeitszeit von 17 bis 18 Stunden für das Pflegerpersonal besteht.

Ich habe Ihnen damals nachgewiesen, daß hier eine Bezahlung gegeben wird, die eigentlich zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel ist. In Berlin waren damals Gehälter von 19 Mark monatlich bis 50 Mark, und zwar waren die mit 50 Mark bezahlten Oberwärtler, und es ist ganz charakteristisch, daß es die staatlichen Anstalten waren, die besonders miserable Löhne zahlten, die Charité, die königliche Klinik usw.

In den städtischen Anstalten lag es nicht anders: in Noabit und einer Reihe anderer Krankenhäuser war das Anfangsgehalt 20 Mark und stieg für die Oberwärtler bis 50 Mark. Es ist nun aus Grund meiner damaligen Ausführungen in einigen städtischen Krankenhäusern eine kleine Ausbesserung erfolgt; ob auch in den königlichen Krankenhäusern, das konnte ich nicht erfahren; die Leute sind so eingeschüchtern, so ängstlich geworden, daß sie sich gar nicht mehr trauen, irgend welche Auskunft zu geben.

Ich habe mir außerdem aus einer Anzahl anderer Städte Angaben über die Länge der Arbeitszeit verschafft. Sie beträgt in Berlin z. B. 16 bis 18 Stunden, in Hamburg 14 bis 15 Stunden, in Dresden 14 bis 16 Stunden, in Leipzig 14 bis 15 Stunden; in Danzig, Dirschau, Königsberg, Großenhain, Altona usw. liegen die Dinge ähnlich. Was nun den Gehalt anbelangt, so bezahlt, wie gesagt, Berlin mit am schlechtesten. In Hamburg beträgt der Lohn 32 bis 40 Mark, in Dresden 25 bis 30 Mark, in Leipzig 25 bis 32 Mark pro Monat. Danzig bezahlt ganz besonders schlecht. Dort gibt man sogar in Irrenanstalten, die in der Regel besser bezahlen, 25 Mark pro Monat, in Dirschau 20 Mark; Königsberg bezahlt ebenfalls schlecht.

Dort erhält ein Oberwärter 480 Mark, eine Oberwärtlerin 450 Mark, ein Wärter im Durchschnitt 335 Mark und eine Wärterin 220 Mark pro Jahr. Auch diese Gehälter sind erst zustande gekommen infolge der Tätigkeit meiner Parteigenossen, die dort vielleicht auf Grund meiner Rede hier im Reichstag Wärm geschlagen haben, so daß die Stadtverwaltung nicht anders konnte, als eine kleine Aufbesserung vorzunehmen. Daß ich mit meinen Erhebungen sehr vorsichtig gewesen bin und meine Parteigenossen in Königsberg ebenfalls, das können Sie daraus ersehen, indem dieselben mir einen Auszug aus dem dortigen Etat geschickt, welcher jedenfalls nicht angefochten werden kann. Und hier stehen die Löhne genau so verzeichnet, wie ich sie genannt habe.

Früher waren die Löhne, wie schon gesagt, noch geringer; sie betrugen im Vorjahre für den Oberwärter 420 Mark, für Oberwärtlerinnen auch 420 Mark. Ich glaube daher wohl behaupten zu können, daß mit solchen Löhnen anständigerweise kein Mensch leben kann, ganz besonders, wenn Sie die lange und anstrengende Arbeitszeit in Betracht ziehen, die diese Leute zu verbringen haben. Auf die Folgen dieser langen Arbeitszeit werde ich noch zu sprechen kommen.

(Fortsetzung folgt.)

Tarifverhandlungen

auf dem Berliner Gewerbegericht mit der Admiralsgartenbad-Aktiengesellschaft betreffs Anerkennung des Tarifs.

Verhandelt

Berlin, den 20. Juni 1905.

Anwesend: Magistratsrat von Schulz als Vorsitzender
Als Kommissionsmitglieder:

A. Arbeitgeber:

Wetzer, Brauns, Borchardt, Zielenziger

B. Arbeitnehmer:

Schnia, Schulz, Weißner, Strunf

In Vertretung der Admiralsgartenbad-Gesellschaft die Direktoren Norden und Bauer.

Schlichtungskommissions-Sitzung für das Bade-Gewerbe auf dem Berliner Gewerbegericht, Zimmer 90, 91.

Die Sitzung wurde um 10^{1/2} Uhr durch den Vorsitzenden, Magistratsrat von Schulz, eröffnet.

Verhandlungsgegenstand war die Anerkennung des für das Bade-Gewerbe bestehenden Tarifs von Seiten der Admiralsgartenbad-Gesellschaft. Schnia als Obmann der Arbeitnehmer begründete den Antrag, den Tarif auch auf die Betriebe der Admiralsgartenbad-Gesellschaft auszuweiten und dessen Anerkennung von Seiten dieser Direktion. Die Direktion sollte sich erklären, ob sie sich den bestehenden Bestimmungen unterwerfen wolle.

Direktor Norden führte aus, daß die Gesellschaft sich ihren An-

geboten gegenüber verpflichtet habe, die im Tarif vorgesehenen Bestimmungen betreffs des Mindesteinkommens zu gewähren.

Von sämtlichen Mitgliedern der Schlichtungskommission wurde dies Verfahren einer eingehenden Kritik unterzogen.

Nach circa vierstündiger Verhandlung erklärten die Direktoren Norden und Bauer, daß sie nicht gemillt seien, zu verhandeln; sie seien vielmehr der ihnen zugegangenen Einladung zu der heutigen Sitzung nur aus dem Grunde gefolgt, um an den Verhandlungen als Zuhörer teilzunehmen.

Strunf erklärte hierauf, daß dann die bis jetzt gepflogenen Verhandlungen nur Komödie waren; man habe nicht nur die Zeit unseres Vorstehens gestohlen, sondern auch die unsrige. Er forderte die Herren ernstlich auf, entweder auf die Lieferung der Bäder auf Rechnung der Krankenkassen zu verzichten oder den Tarif anzuerkennen. Eine andere Lösung der Frage sei nach Lage der Dinge jetzt unmöglich. Nach der gewünschten Erklärung von Seiten der Vertreter der Admiralsgartenbad-Gesellschaft würden wir als Organisation die Konsequenz ziehen und danach unsere Maßnahmen treffen.

Die Herren Direktoren erklärten nun, daß sie bereit wären, zu verhandeln, daß aber ein definitiver Beschluß darüber nur nach stattgefundener Aufsichtsrats-Sitzung erfolgen könne. Die Schlichtungskommission war mit diesem Vorschlage einverstanden.

Darauf wurde eine Anregung Hirschbergs diskutiert, da sich die Herren Direktoren ganz entschieden gegen die Aushängung des Bedienungstarifs in den Baderäumen ausgesprochen haben, die Billets mit einem Kopon zu versehen, welcher die üblichen Sätze für Bedienung den Badegästen angibt, die sie entweder an der Kasse oder direkt an den Angestellten selbst zu zahlen haben.

Wetzer erklärte sich anfänglich mit diesen Anregungen nicht einverstanden. Zum Schluß einigte man sich dahingehend, die Billets mit einem dementsprechenden Ausdruck zu versehen. Der Ausdruck soll sich von dem üblichen Text der Billets abheben. Für die Mitglieder der Krankenkassen gelten selbstverständlich die üblichen Bedienungsmarken.

Die Sitzung wurde bis zum 27. Juni, vormittags 9 Uhr, vertagt, und erklärten die Herren, in dieser Sitzung den Entscheid des Aufsichtsrates der Schlichtungskommission zu unterbreiten.

Schluß der Sitzung 2^{1/2} Uhr.

Verhandelt

Berlin, den 27. Juni 1905.

Anwesend: Magistratsrat von Schulz als Vorsitzender
Als Kommissionsmitglieder:

A. Arbeitgeber:

Wetzer, Zielenziger, Borchardt, Köhn

B. Arbeitnehmer:

Schnia, Schulz, Weißner, Strunf.

Schlichtungskommissions-Sitzung für das Bade-Gewerbe zur Fortsetzung der Schlichtungskommissions-Sitzung vom 20. Juni cr.

Der Vorsitzende, Magistratsrat von Schulz, eröffnete die Sitzung um 9^{1/2} Uhr.

Die Herren Direktor Norden und Direktor Bauer erklärten für die von ihnen vertretene Admiralsgartenbad-Gesellschaft, daß sie den Antrag des Herrn Wetzer, welcher in der vorigen Sitzung der Schlichtungskommission vom 20. Juni 1905 angenommen worden ist, bezüglich der Eröffnungszeiten ihrer Hauptanstalt Friedrichstraße akzeptieren; diese Eröffnungszeiten betreffen das Sommerhalbjahr. Wir sind ebenfalls einverstanden, daß für die Hauptanstalt und Filialen die Billets mit einem Ausdruck bezüglich der Bedienungsgelder versehen werden. Der Ausdruck hat folgendermaßen zu lauten:

Für Bedienung	10 Pf.
„ „	15 „
„ „	25 „
„ „	50 „

oder eine Krankenkassen-Bedienungsmarke,

wie dies alles im Tarif festgelegt ist.

„Im Uebrigen haben wir ja bereits,“ so führten sie aus, „durch eine besondere Erklärung uns mit den übrigen Bestimmungen des Tarifs einverstanden erklärt. Wir wiederholen hiermit ausdrücklich unser Einverständnis. Wir werden den Herrn Direktor Norden in die Schlichtungskommission senden und eruchen nur, uns behufs Durchführung des Tarifs einen Zeitraum bis zum 1. August d. J. zu gewähren.“

Die Mitglieder der Schlichtungskommission nahmen die Erklärung der Herren Direktoren seitens ihrer Organisationen entgegen. Sie sind damit einverstanden, daß der Zeitraum zur Durchführung bis zum 1. August 1905 dem Admiralsgartenbad gegeben wird.

Die Parteien sind sich endlich dahin einig, daß im übrigen sämtliche Bestimmungen des Tarifs für die Filialen des Admiralsgartenbads gelten mit Ausnahme der Filiale Dirschau, welche überhaupt aus dem vorliegenden Abkommen ausgeschlossen ist.

Admiralsgarten-Bad.

Die Direktion: gez. Norden, Bauer.

Zul Schnia, Bolmar Wetzer, Josef Weißner, Paul Strunf,
Fritz Schulz, Wilhelm Borchardt, Zul. Zielenziger, Karl Köhn.

Aus unserer Bewegung.

Berlin-Perzberge. Der Pfleger Fr. Bartoschewitz hatte, wie alle Kollegen und Kolleginnen unserer Anstalt wissen werden, den Ueberschuß von unserem letzten Anstaltsvermögen veruntreut. Er weigerte sich, das Geld selbst ratenweise zurückzuerstatten. Da er oben-
drein seine Handlung noch zu beschönigen versuchte, wurde er dem Gericht übergeben, das ihn wegen Unterschlagung zu drei Wochen Gefängnis verurteilte.

Berlin. In den Johannisferien tagte am 1. Juli das Personal der Königl. Altmilken. In dieser Versammlung wurden eine ganze Reihe eigenartiger Umstände zur Sprache gebracht. Vor allem muß angeführt werden, daß Herr Professor Dr. Borchardt einige Stunden vor der Versammlung das Personal hat zusammenkommen lassen, um es aufzufordern, nicht in die Versammlung zu gehen. Exzellenz v. Bergmann, welcher augenblicklich verreist ist, würde nach seiner Rückkunft versuchen, für das Personal etwas zu tun. Dasselbe solle seine Wünsche aufschreiben und einer zu wählenden Kommission übergeben. Herr Professor Borchardt hat auch gleich für diese Kommission einen Kollegen in Vorschlag gebracht, der viele Jahre in der Anstalt tätig ist und ca. das 5fache Einkommen hat, als die übrigen Pfleger. Mit solchen Arbeitervertretern soll das Personal etwas erzielen! Außerdem soll angeblich ein Zirkular bei den Herren Ärzten herumgegangen sein, das die Aufforderung enthielt, für den Versammlungstag keinen Urlaub zu erteilen. Auch das Zil. v. Seydlitz hat gleichfalls dem Personal der Haus- und Waschküche verboten, in die Versammlung zu gehen.

Bezüglich dieser Dame kamen alle möglichen Dinge zur Sprache. Unter anderem beliebt es derselben, wenn sie in einen Raum kommt, anstatt den Anwesenden den Gruß zu entbieten, zu sagen: „Nun, könnt Ihr nicht grüßen?“ Dem Hauspersonal gibt sie alle 4-5 Wochen einmal Urlaub, angeblich, weil sie ja auch um 10 Uhr von ihren Ausflügen zurück sei. Hausdiener werden von ihr gefündigt, sie stellt ihnen die Zeugnisse aus u.

Um aber die bekannte Sparpolitik der Dame an der Hand von Tatsachen zu zeigen, veröffentlichten wir hiermit den Speisezettel für die vergangene Woche:

Montag: Kein Bier, mittags Graupen mit Rindfleisch, abends Roteletts mit Kartoffeln.

Dienstag: 1 Flasche Bier, mittags Falscher Gase (viel Brot) mit Kartoffeln. Kein Abendbrot.

Mittwoch: 1 Flasche Bier, mittags Kohlrabi mit Rindfleisch, kein Abendbrot.

Donnerstag: Kein Bier, mittags Reis mit Bodwurz, abends Kartoffeln mit Perina (ungenießbar).

Freitag: 1 Flasche Bier, mittags Hammelleisch mit Quetschkartoffeln und Zwiebelsauce (ungenießbar). Kein Abendbrot.

Sonntag: Keine Bohnen mit Rindfleisch. Kein Abendbrot.

Sonntag: Kein Bier, mittags Kaffee mit Fleisch mit Kartoffeln und Kompot, abends 125 Gramm Wurst oder drei Eier.

Man spart also an 4 Abenden in der Woche das Geld für das Abendbrot und für die ganze Woche das Frühstück. Unter solchen Umständen ist es allerdings nicht zu verwundern, daß ausgebildetes Personal nur in Notfällen in der Anstalt Stellung nimmt. Dem Mangel an brauchbarem Personal ist es jedenfalls zuzuschreiben, daß man vor einiger Zeit einen Arbeiter als Nachpfleger einstellte, der noch niemals Kranke gepflegt hatte. Der Posten eines Nachpflegers ist aber ein sehr wichtiger, da er bei event. Unfällen die erste Hilfe leisten soll.

Eine Wärterin hat Dienst von früh 6 bis abends 8 Uhr, von da an bis 11 Uhr muß sie die Kinder besorgen. Also ein Dienst von 18 Stunden.

Auf der Augenklinik hängt der Dienst der Wärterin von dem Plauderbedürfnis der Schwester ab. Wenn dieselbe nach Schluß der Dienstzeit noch ein Plauderständchen mit ihren Freundinnen verbringt, so muß die Wärterin auf der Station verbleiben, bis sie zurückkommt.

Die Schwestern haben in bezug auf das Personal überhaupt merkwürdige Ansichten. Die vom „Roten Kreuz“ finden z. B., daß es eine Gemeinheit sei, wenn das Personal eine Versammlung besucht.

Dabei gehören sie selbst einem Orden an, der im Grunde genommen auch weiter nichts ist, wie eine Berufsorganisation. Den Damen wollen wir aber verraten, daß es sie gar nichts angeht, was das Personal in seiner freien Dienstzeit tut.

Ein Gemütsmenschen scheint ferner der Herr Inspektor Borchardt zu sein. Der Herr tituliert das Personal unter anderem mit „Bande“, „verfluchte Bande“ u. Ähnlich hat er einer Pflegerin in Gegenwart von Zeugen angeboten, er wolle ihr „ein paar in die Presse hauen“.

Zu verwundern ist es, daß einzelne der Herren Ärzte so wenig soziales Verständnis befunden können, daß sie Mitglieder des Personals auffordern, wieder aus dem Verband auszutreten. Die Herren haben selbst ihre Vereine zur Besserung ihrer Lage und anderen viel schlechter gestellten Mitmenschen wollen sie die Verbandszugehörigkeit verleiden.

Dem Personal ist aber zu raten, sich an keine Beeinflussungen zu kehren und dafür zu sorgen, daß der Zusammenschluß ein festerer wird. Wenn das Personal einig ist, wird es auch Erfolg erzielen.

Berlin-Lankwitz. In einer Anstaltsbesprechung beschäftigten sich die Kollegen der Anstalt „Verolinnum“ mit ihren Anstaltsverhältnissen. Allgemein wurde über die Wirtschafterin Fr. Johanna Müller geredet. Es soll demzufolge in die Nacht dieser Dame gelegt sein, daß auf ihren Wunsch jeder Pfleger, der ihr nicht gefällt, entlassen wird. Einige Fälle mögen zur Charakteristik des Fräuleins dienen. Eines Tages hat ein Pfleger eine dienliche Berricktung bei der Dame zu besorgen und trifft sie gerade beim Brieflesen an, wird aber nach Vorbringen seines Begehrens keine Antwort gewürdigt. Auf seinen Vorhalt, daß der Dienst doch wohl vorgehe, dreht ihm die Dame ihre Kehre zu, ohne sich im geringsten im Leben fügen zu lassen. Im besonderen Ansehen steht bei Fr. Müller ein Patient, der alle Launen erfüllt bekommt. Im anderen Falle beschwert er sich bei der Wirtschafterin und diese beantragt dann bei Herrn Dr. Fränkel die Entlassung des beteiligten Pflegers. Die große Fluktuation, welche in der Anstalt herrscht, ist zu einem erheblichen Teil auf das Vergehen des Fr. Müller zurückzuführen. Die Pfleger werden auf Veranstaltung der Wirtschafterin von den Küchenmädchen bei ihrem Familiennamen unter Fortlassung des Prädikats „Herr“ angeredet, während angeblich die Pfleger „Fräulein“ sagen sollen. Dies soll sogar dem Oberpfleger passieren.

Ein paar Kollegen behaupteten, sie bekämen in der Woche deshalb keinen Beleg, weil es an Personal mangeln soll. Allerdings widerspricht dies dem am Sonntag gewährten Beleg, wo man Zeit findet, denselben so kann zu schenken, daß das Personal sich kaum getraut, damit über den Hof zu gehen, aus Furcht, der Wind könnte ihn fortwehen. Tatsächlich soll dies schon vorgekommen sein. Das Essen soll einfach hinsichtlich der Zubereitung alles zu wünschen übrig lassen. Am Sonntag, den 25. Juni, ist dem Personal Fleisch geliefert worden, das schon in Verwesung übergegangen war. Der Herr Oberarzt ist allerdings daraufhin für das Personal eingetreten, hat aber nicht erzielt, daß etwas anderes verabfolgt worden wäre. An demselben Tage gab es zum Brot Eier, die uns vorgelegt wurden und total verdorben waren.

Interessant ist, daß ein Kollege sich mit dem Fräulein den Scherz erlaubt, es mit „anädiges Fräulein“ anzusprechen, was die Dame als ernst hingenommen scheint.

Eine Menge anderer Klagen werden in einer folgenden Nummer behandelt werden.

Verschiedenes.

Erumbehandlung bei Genickstarre. Ein amerikanischer Arzt, Professor Ludwig Peltoin, hat nach einem Bericht der Wochenschrift „Medizinische Klinik“ auf der letzten Versammlung des Vereins amerikanischer Pathologen und Bakteriologen den Vorschlag gemacht, einen Teil der Flüssigkeit aus dem Wirbelkanal zu entnehmen und dafür reines Serum von menschlichem Blut einzupumpen. Das eigenartige Behandlungsverfahren ist allerdings beim Menschen noch nicht angewendet worden; indessen will Professor Peltoin es bei Tieren bereits in einer Reihe von Fällen versucht und dabei sogar Dauerheilungen erzielt haben.

Anzeigen.

Berlin! Achtung! Mondschein-Partie.

Am 22. Juli findet für das Personal der Kranken- und Irrenhäuser eine **Dampfer-Mondschein-Partie mit Musikbegleitung nach Grünau, Wendenschloß**, statt. Treffpunkt abends 10 Uhr im Schilke-Restaurant, Brudenstr. 6 (Jannowitzbrücke). Billets für Herren 1,25 Mk., inkl. Tanz, Damen 75 Pf., sind bei den Anstalts-Vertrauensleuten zu entnehmen. Die Entnahme der Billets bzw. das Zeichnen der Listen muß möglichst bald erfolgen, damit die Teilnehmerzahl festgestellt werden kann, ob event. ein 2. oder 3. Dampfer hinzugenommen werden muß. Die Rückfahrt erfolgt 5 Uhr morgens, so daß jeder rechtzeitig wieder in der Anstalt sein kann.

Die Leitung.

Verlag: In Vertretung des Verbandes der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten Bruno Voersch. Verantwortlicher Redakteur: G. Bürger, beide Berlin W. 57, Bülowstr. 21. — Druck: G. Janischewski, Elisabeth-Platz 10.

Mitglieder Dresdens!

Sonntag, den 16. Juli

Schweiz-Partie.

Abfahrt 2 Uhr vom Hauptbahnhof nach Schandau, dort mit dem elektrischen Aufzug nach Sändig Kolonie, dann weiter nach D. tra. Um 4 Uhr Ausbruch nach den Schrammleinen. Auf dem Rückweg Einkehr im Schützenhaus. Ein Täschchen dabei. In Dresden 1/2 12 Uhr.

Die Leitung.